

# Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 84, Memeler Straße 84  
Fernsprecher: E 7, Wechsel 4071. — Die Zeitung erscheint  
eben Freitag. — Telegrammadresse: Textilarbeiter, Berlin.



Anzeigen und Verbandsgelder sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand,  
Berlin O 84, Memeler Str. 84 (Postfach-Konto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis,  
nur durch die Post, vierteljährlich 6 M. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Borgzettel 2 M.

Nummer 49

Berlin, den 4. Dezember 1931

43. Jahrgang

## Haben Ministerworte einen Wert? / Herr Stegerwald, erinnern Sie sich!

Adam Stegerwald prägte auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress in seiner Begrüßungsrede u. a. den stolzen Satz: Die Auffassung, die in dem einseitigen Sturm auf die Löhne und Gehälter das Allheilmittel für die Gesundung der deutschen Arbeiterschaft sieht, lehne ich nachdrücklich ab. Inzwischen sind kaum drei Monate ins Land gegangen, und eine fürchterliche Lohnabbauwelle rast durch das Land und reißt alle sozialen Schranken nieder. Steuermann Adam Stegerwald aber leistet bei Lohnabbau entschiedene Hilfspaltung.

Von dem stolzen Bekenntnis von Frankfurt a. M. ist nichts mehr übrig geblieben, es hat sich als eine Selbstläge, die bald platzt, erwiesen.

So gründlich wie Adam Stegerwald hätte noch kein Arbeitsminister gegen die Textilarbeiter tätig geworden sein. Adam Stegerwald war radikal und einseitiger als die sachlichen Textilindustriellen. Die Lohnabbauforderungen der Textilindustriellen gingen dahin, die Löhne auf den Stand von 1927 zu bringen.

Stegerwald ging über die Unternehmerforderungen hinaus und erklärte einen Schiedsspruch für verbindlich, durch den die Löhne der Textilarbeiter auf das Jahr 1925 zurückgeschraubt werden.

Damit hat Stegerwald sein soziales Bekenntnis von Frankfurt a. M. ohne Not preisgegeben und zerstört.

Darüber hinaus muß aber auch das Vertrauen der breiten Massen an die gegenwärtige Regierung völlig verlorengehen. Die Regierung Brüning-Stegerwald ist eine derjenigen Regierungen, die für die breiten Volksmassen das allergeringste Verständnis aufgebracht hat. Die Regierung Brüning hat wohl bankrotten Banken, deren Direktoren Millionen in leichtsinniger Weise verwirtschaftet haben, und andere verachtete Unternehmungen wieder flott gemacht, sie wirft unzählige Millionen von Subventionsgeldern der Landwirtschaft und der Industrie in den Rachen, währenddem sie gleichzeitig der Arbeiterschaft den Lohn und die Renten kürzte.

Den Lohnabbau hat man seit Jahren immer mit dem Versprechen des Preisabbaues zu verjuxen versucht. Auch bei dem letzten Lohnabbau wurde darauf hingewiesen, daß durch entschiedenen Preisabbau der Lohnabbau wieder realisiert werden soll. Aber all diese seit Jahren gegebenen Versprechungen waren un wahr. Es konnte dies auch nicht anders sein, da hoch die Preisbildung von anderen Faktoren beeinflusst wird. Durch diese fortgesetzten Versprechungen des Preisabbaues hat man ein böses Spiel mit den breiten Massen getrieben. Denn hätte man tatsächlich den Preisabbau gemollt, durch den der Lohnabbau realisiert

worden wäre, dann hätte man den Kartellen zu Leibe gehen müssen, die durch Preisbindungen den Preis künstlich hochhalten. Man hat das nicht getan. Die Regierung Brüning war stark gegenüber der Arbeiterschaft, aber sie erwies sich als matt und unfähig, etwas gegen das kartellierte Unternehmertum zu tun. Daß die Arbeiterschaft diese einseitige Belastung satt bekommt, ist verständlich. Die Regierung bzw. das Reichsarbeitsministerium sind schuld an dem verschärften Elend der Textilarbeiterschaft.

Man bleibe uns aber vom Halbe mit den Worten, daß auch in diesen Notzeiten die Arbeiter Opfer bringen müssen. Wer hat denn überhaupt Opfer außer der Arbeiterschaft gebracht?

Herr Stegerwald, es ist richtig, das deutsche Volk zählt noch wie vor zu den fleißigsten und arbeitsamsten Völkern der Welt. Deutschland besitzt eine durch die Gewerkschaften hoch disziplinierte Arbeiterschaft, die gewillt ist, auch große Opfer zu bringen, wenn sie sieht, daß alle Volksgenossen durch Beispiel und Tat sich an dieser Opfergemeinschaft beteiligen.

## Schluß mit dem Lohnabbau!

Entscheidung des Bundesausschusses

Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsausschusses geben einseitig die von den Unternehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Notstand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Sie enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen.

Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preis-senkung eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu steigern.

Die Gewerkschaften haben von jeher den künstlichen Preisantrieb durch Hochschulzölle, Kartellbindungen und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden. Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künstlichen Preis-senkung durch währungs-politische Mittel oder zwangswise-nen Lohnabbau. Der rücksichtslose Lohnabbau seit mehr als Jahresfrist hat die deutsche Wirtschaft immer tiefer in das Krisen-elend geführt, ebenso das dauernde Ge-rede von der weiter notwendigen Preis-

senkung. Es ist höchste Zeit, auf diesem Wege umzukehren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohn-senkungen steigern zu wollen. Jede Lohn-senkung wird — wie die Erfahrungen zeigen — vom Auslande sofort als Lohn-dumping mit weiteren Abwehrmaßnahmen beantwortet. Sie zerstört gleichzeitig die Kaufkraft des für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebenden Binnenmarktes und muß außerdem zur Folge haben, daß das Defizit im Staatshaushalt verewigt wird.

Das Einkommen der Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie in einem Maße gesunken, daß nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit ernsthaft bedroht sind. Damit steht zugleich die Zukunft der deutschen Wirtschaft in Gefahr, weil bei Hungerlöhnen keine Qualitätsarbeit mehr möglich ist.

Der Bundesausschuss erhebt deswegen entschiedensten Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge einzugreifen.

## Tagung des Bundesausschusses des ADGB.

Am 25. November 1931 trat der Bundesausschuss des ADGB im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner zweiten Tagung zusammen, um zu der Erklärung des Reichskanzlers Stellung zu nehmen, in der er vom Standpunkt der Reichsregierung aus am Montag die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats zusammenfaßte.

Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates.

Leipart gab bei Eröffnung der Beratungen sofort Grafmann das Wort, der zusammen mit Eggert den ADGB im Wirtschaftsbeirat vertreten hat.

Grafmann betonte einleitend, daß der Wirtschaftsbeirat infolge seiner unparitätischen Zusammensetzung — 20 Vertreter der Industrie und Landwirtschaft, des Handels und des Handwerks, und nur 6 Vertreter der Arbeiter und Angestellten — selbstständig gar nicht in der Lage war, Beschlüsse zu fassen. Die Leitsätze, die der Reichskanzler in der Schlußfassung des Wirtschaftsbeirates vortrug, sind daher in keinem Sinne Beschlüsse des Wirtschaftsbeirates, sondern Folgerungen, die die Reichsregierung aus den Arbeiten der Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates gezogen hat. Weder die Vertreter der Gewerkschaften, noch auch, sicherem Vernehmen nach, gewisse Vertreter anderer Wirtschaftskreise dächten daran, ihre Unterschrift unter diese Leitsätze zu setzen.

Grafmann gab dann in großen Zügen einen Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates, der ein anschauliches Bild von den unvereinbaren sachlichen Gegensätzen bot, die im Laufe der Beratungen klar zutage traten. Während sich z. B. der Mittelstand (Handwerk und Kleinhandel) im eigenen wohlverstandenen Interesse gegen weitere Lohnsenkungen wandten, bekannte sich die Industrie, unter dem ständigen Hinweis auf die absolute Notwendigkeit, den deutschen Export konkurrenzfähig zu erhalten, mit größter Entschiedenheit zu einer weiteren Senkung der Löhne und Gehälter. Die Lohnsenkung sei um so eher zu vertreten, als eine Vorleistung der Preise bereits erfolgt sei; schon seit geraumer Zeit sei ein Absinken der Preise festzustellen. Die Löhne seien überdies in den meisten Konkurrenzländern niedriger als in Deutschland. In den Ländern, die bisher günstiger gestellt gewesen seien, sei aber durch die Abkehr von der Goldwährung ein Sinken der Löhne zu erwarten. Die Tarife müßten so gestaltet werden, daß sie regional, branchenmäßig oder betrieblich den Erfordernissen der Wirtschaft leichter angepaßt werden könnten. Unvermeidlich sei auch der Verzicht auf den staatlichen Schlichtungszwang.

Gegenüber dieser Auffassung, die von Seiten der Arbeitgeber nicht erst seit gestern vertreten wird, haben die Vertreter der Arbeiter und Angestellten entschieden und im großen und ganzen durchaus einheitlich die Auffassung der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht daran glauben, daß in den Kreisen der Arbeitgeber eine Bereitschaft vorhanden sei, frei vereinbarte Tarifverträge abzuschließen. In einer wirtschaftlichen Notzeit wie der jetzigen muß der Staat, wenn anders er seine soziale Aufgabe erfüllen will, verhindern, daß die Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger noch unerträglicher werden, als sie es jetzt schon für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten sind. Es komme auf den Reel-

lohn an. Da die Preisentfaltung aber durch den Lohnabbau mehr als ausgeglichen sei, könne man schon für die vollbeschäftigten Arbeitnehmer von einem Sinken des Reallohnes sprechen. Erst recht gelte das für die Kurzarbeiter. Diese Schwächung der Kaufkraft hat die Lage des Binnenmarktes hoffnungslos verschlechtert. Der Binnenmarkt ist aber ungleich wichtiger als der Auslandsmarkt, so wichtig die Ausfuhr auch ist. Nichts ist in den letzten Jahren gegen die unerträglichen Preispannen geschehen. Gegen ausländische Schutzsölle ist die Lohnsenkung eine ganz ungeeignete Abwehrwaffe. Die Ursachen der wirtschaftlichen Not in Deutschland seien ganz anderer Art. Sie können mit diesen Mitteln nicht behoben werden. Jede weitere Schwächung der Kaufkraft müsse im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen auf das Schärfste bekämpft werden.

Anschließend ergänzte Eggert den Bericht Grafmanns durch folgende Ausführungen. Zum Verständnis der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat muß die gesamte wirtschafts-, finanz- und reparationspolitische Situation Deutschlands berücksichtigt werden. Fünfundzwanzig an der Weltwirtschaft beteiligte Länder haben ihre Währung vom Golde losgelöst. Der Zusammenbruch des englischen Pfundes bedeutet eine verheerende Lohnsenkung für die englische Arbeiterschaft. Wenn die englische Inflation nicht weiter fortgeschritten ist, so liegt es daran, daß England in größerem Umfange Ansprüche gegenüber dem Ausland hat als Schuldverpflichtungen. Deutschland dagegen hat nur Goldschulden an die Welt in Höhe von etwa 28 Milliarden und so gut wie keine Ansprüche. Die Frage steht daher so, ob Deutschland den Weg der Inflation gehen kann oder nicht. Luther hat sich mit äußerster Energie gegen den Gedanken einer neuen Inflation gewandt. Es würde sofort ein Run auf die Banken einlegen. Der Kampf um diese Frage endete im Wirtschaftsbeirat daher mit einer Zusage von Krediten, wenn konkrete und sichere Aufträge vorlägen.

Die Regierung schätzt den Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt auf 70 Proz. Nicht nur in der Konsumindustrie, auch in der Produktionsindustrie mangelte es an Absatz. Demgegenüber wurde von den Gewerkschaftsvertretern auf die deutsche Ausfuhr verwiesen, die weder mengen- noch wertmäßig einen nennenswerten Rückgang aufweise. Auf diesen Einwand wurde geantwortet, das treffe nur für die Zeit vor dem Pfundsturz zu.

Der Kampf der Gewerkschaften geht um die Erhaltung und Steigerung des Reallohnes. Bis zu einem gewissen Stadium der Verhandlungen schien auch bei manchen Berufsklassen der gegnerischen Seite Verständnis für diese Aufgabe zu bestehen. So wurde zum Beispiel von schwerindustrieller Seite erklärt, daß die Preisentfaltung für Eisen und Kohle der Lohnsenkung prozentual entsprechen müsse. Indessen die Preisentfaltung dieser Erzeugnisse wie die Senkung der Marktpreise ist nach Auffassung der Gewerkschaften für die Lebenshaltungskosten fast bedeutungslos. Es kommt darauf an, die überhöhten Handelspannen zu verringern, da die Landwirtschaft nur auf wenigen Gebieten eine Preisentfaltung vornehmen kann.

Von einem bestimmten Zeitpunkt der Beratungen an wurde die Grundlage der Aussprache im Wirtschaftsbeirat verdrängt. Es handelte sich nicht mehr um Diskussionen, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden könnten. Gegenüber dieser neuen Fragestellung erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß eine Verhandlung darüber für sie überhaupt nicht in Frage komme. Die neue Fragestellung wurde dann dahin präzisiert, daß man entweder bei der Festlegung der Löhne auf den Stand des Jahres eines früheren Jahres, etwa 1927, zurückgehen oder eine prozentuale Lohnsenkung vornehmen oder die Löhne zu neuen Tarifverhandlungen bringen müsse, und, wenn keine Fortbildung erfolgt werde, vor dem Schlichter die Entscheidung herbeiführen müsse. Diese Debatte wurde von den Gewerkschaftsvertretern mit der Erklärung abgebrochen, daß sie keine weiteren Verhandlungen über die Lohnbedingungen treffen könnten, das sei Aufgabe der Verbände.

Die Kontroversen im Wirtschaftsbeirat haben gezeigt, daß die Annahme der Beratungen des ADGB zur Abwehr der Unternehmerrückfälle notwendig gewesen ist.

**Aussprache.**

In der Aussprache, mit denen Seppert die Aussprache eröffnete, wies er darauf hin, daß der Bundesverband sich nur unter

schweren Bedenken zur Teilnahme an den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates entschlossen habe. Der Reichswirtschaftsrat sei übergangen worden, obwohl er für diese Aufgabe zuständig gewesen wäre. Die unparitätische Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirates aber zeige schon die einseitige Einstellung der Reichsregierung.

Anschließend nahm der Bundesausschuß zu der

**geplanten Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien**

in folgender Entschliebung Stellung:

„Der Bundesausschuß des ADGB, erhebt in letzter Stunde schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien.“

Durch die Zulassung der Nachtarbeit in wenigen Großbäckereien, die für die gesamte Brotproduktion ohne Bedeutung sind, weil über

**Lohnabbaumaschine wütet weiter!**

Das Komödientpiel des Wirtschaftsbeirates ist beendet. Die Regierung hat aus dem Verlauf der Verhandlungen die Quintessenz gezogen, daß die Löhne weiter gesenkt werden müssen. Alle Gegenargumente der Gewerkschaftsvertreter blieben unbeachtet. Die „Wirtschaftsnot“ der Unternehmer ist damit gewissermaßen staatlich anerkannt. Die Folge davon ist, daß die Schlichtungsmaschinerie in den Chorus einstimmt und unentwegt weiter Lohnabbauentscheidungen fällt, unbekümmert um die furchtbare Notlage und Verzweiflungsstimmung, in die die Arbeiterschaft dadurch „gebracht“ wird. Das Ergebnis der Schlichtungsarbeit der letzten Woche sieht so aus:

Für die ostfälische Textilindustrie fällt der Schlichter für den Schlichterbezirk Sachsen

am 24. November 1931 folgenden Schlichtungspruch:

„Das zum 31. Oktober 1931 gefällte Lohnabkommen wird mit Wirkung von der laufenden Lohnwoche ab mit der Abänderung wieder in Kraft gesetzt, daß die tariflich festgesetzten Grundlöhne und Zulagenzulagen nebst den tariflichen Zu- und Zuschlägen um 4 Proz. gekürzt werden.“

Diese Lohnregelung kann mit zweiwöchiger Frist, erstmalig zum 31. Dezember 1931, aufgekündigt werden.“

Für den Tarifbezirk West-Thüringen fällt der Schlichtungsausschuß in Mühlhausen am 25. November 1931 einen Schlichtungspruch, der den Spitzenlohn in Ortsklasse I von 60,48 auf 57 Pf. herabsetzt. Der neue Vertrag soll Geltung haben bis zum 31. Januar 1932. Die Arbeiterschaft hat den Schlichtungspruch abgelehnt.

Für die Textilindustrie in Münsterland sowie für die Bielefelder Textilindustrie und für die Textilbetriebe in Herford und Ostterloh fällt der Schlichter für den Bezirk Westfalen am 24. November 1931 je einen Schlichtungspruch folgenden Inhalts:

1. Die bestehenden Löhne werden um 5 Proz. vermindert. Aus Anlaß dieser Kürzung dürfen auch die Akkordlöhne nicht um mehr als diesen Satz gekürzt werden.
2. Dieser Vertrag tritt am 23. November 1931 in Kraft und ist bis zum 6. Februar 1932 un kündbar. Er kann zu diesem Termin und weiterhin laufend mit einmonatiger Frist zum Monatschluß gekündigt werden.“

Für die Textilindustrie in Nordbayern fällt der stellvertretende Landeslichter für Bayern in Nürnberg am 24. November 1931 folgenden Schlichtungspruch:

1. Für die Zeit vom 1. mit 22. November 1931 wird der ab 23. Februar 1931 gültige Lohnsatz wieder in Kraft gesetzt.
2. Mit Wirkung ab 23. November 1931 werden a) die Akkorddurchschnittslöhne b) die Akkorddurchschnittslöhne

um 5 Prozent ermäßigt. 3. Die Normalstundenlöhne sowie die Zeitarbeitszuschläge einschließlich der für die Arbeiter der Nebenberufe festgesetzten und die Wochenlöhne für Ausländer bleiben unverändert wie bisher.

4. Diese Lohnregelung gilt bis auf weiteres. Dieselbe kann von jeder Partei jeweils mit einer Frist von zwei Wochen zum Monatschluß, erstmals zum 5. März 1932, gekündigt werden.“

Für den Nordostdeutschen Tarifbezirk fällt der vom Reichsarbeitsministerium eingesezte Sonderlichter, Regierungsdirektor Friedländer, Sietlin, am 25. November 1931 nachstehenden Schlichtungspruch:

„Die am 31. Oktober 1931 abgelaufenen Tarifverträge werden bis 29. November 1931 einschließlich verlängert. Ab 30. November 1931 gelten sie mit der Maßgabe weiter, daß die bisherigen Tariflöhne wie folgt gesenkt werden:

1. für Glindeberg um 4 Proz.,
  2. für Landsberg, Rathow, Neubamm, Schwiebus, Zillischau, Wittstock und Rasebur um 4,8 Proz.,
  3. für Wilsersleben, Bernau, Burg b. Magdeburg, Calbe a. d. S., Fürstenwalde, Halberstadt, Wittenberge, Zernsdorf um 5,3 Proz.,
  4. für Berlin, Rowawes um 5,5 Proz.
- Die Errechnung der Tariflöhne erfolgt auf volle Zehntel-Pfennige. Dieses Abkommen kann mit Monatsfrist zum Monatschluß, erstmalig zum 31. Januar 1932, gekündigt werden.

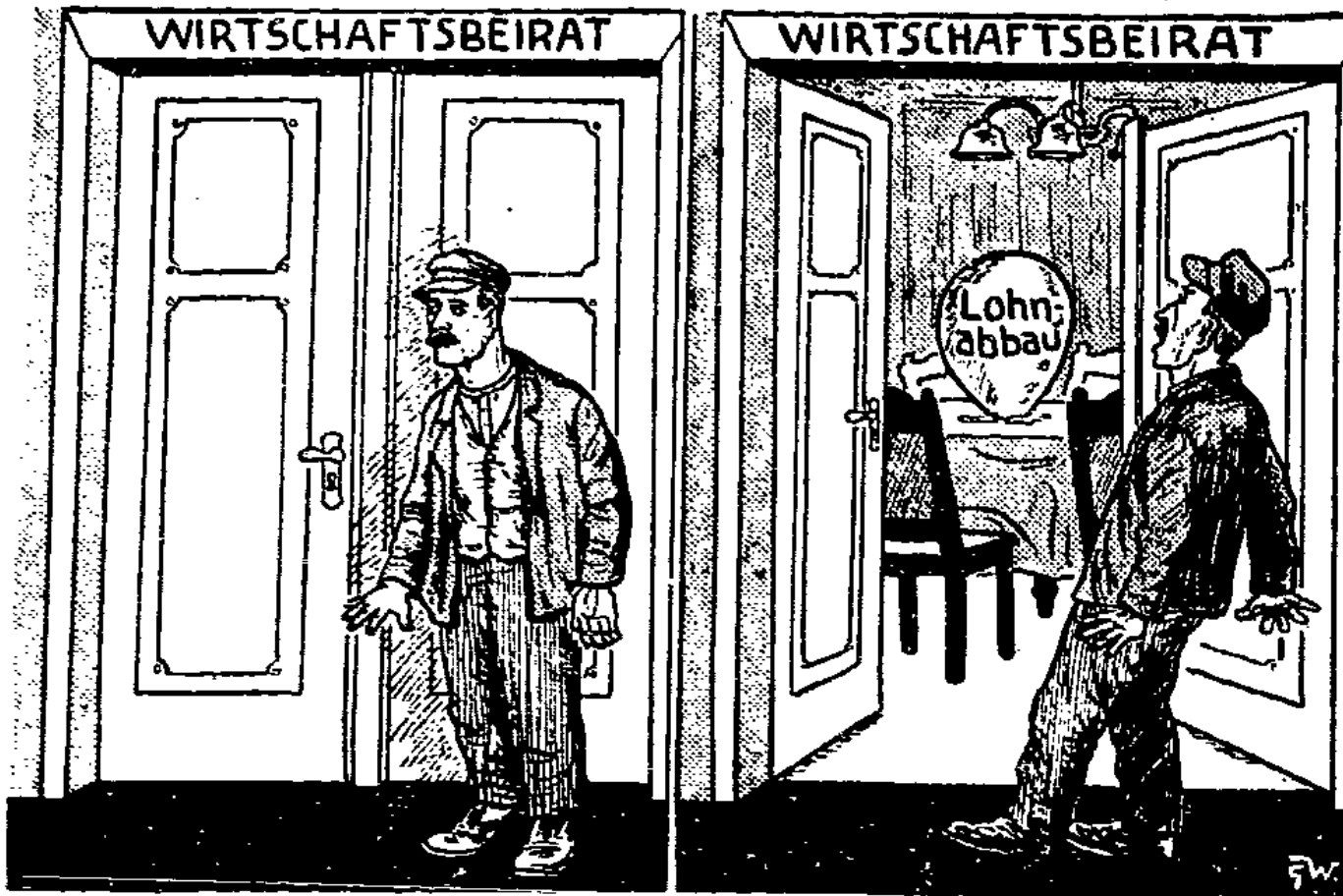
**Schlichterkammer für Württemberg gescheitert.**

Bereits am 6. November trat in Stuttgart die Schlichterkammer zusammen, um im Tarifstreit für die württembergische Textilindustrie einen Schlichtungspruch zu fällen. Nach mehrstündigen Verhandlungen vertagte sich die Schlichterkammer bis zum 19. November. In der Sitzung der Schlichterkammer am 19. und 20. November 1931 blieben die Unternehmervertreter auf der Forderung bestehen, daß der Ecklohn von 65 auf 59 Pf. ermäßigt werden soll. Dementsprechend auch die übrigen Lohnsätze. Dies würde eine Lohnreduktion von 10 Proz. bedeuten. Ein Schlichtungspruch kam in dieser Sitzung mangels Stimmenmehrheit nicht zustande und damit waren die Verhandlungen gescheitert. Der tariflose Zustand, der in Württemberg bereits seit Ende Juni d. J. herrscht, dauert also weiter an.

**Ja, die Aufsichtsräte**

In der Nr. 48 vom 27. November 1931 hat in dem Artikel „Ja, die Aufsichtsräte, Hungerlöhne, aber Verheißung der Aufsichtsratsbanken in Westfalen“ der Druckfehlerzustand auf S. 382 oben erwähnten Oberleutnant a. D. Georg von Wagdorf zu einem Oberleutnant degradiert, was wir hiermit zu berichtigen für notwendig erachten, da es dem Aufsichtsrat einer Textilien-Gesellschaft nicht einerlei sein dürfte, ob er einen Subaltern- oder einen Stabsoffizier in seinen Reihen hat.

**Und das Resultat?**



**Groß war die Erwartung: Die Weisen des Landes, was werden sie tun? so fragte man, Hoffnungsvoll, doch auch mit einer gewissen Angst im Busen, Früherer Praxis gedenkend, Die diese Männer geübt.**

**Uns wurde Gewißheit: Die Weisen des Landes, nach altem Rezept, wie es bekannt, Wuschen den Pelz des Bären, ach, ohne ihn naß zu machen. Als Ei des Kolumbus sahen Wieder sie Lohnabbau vor!**

90 Proz. der Brotversorgung von den Mittel- und Kleinbäckereien erfolgt, kann, wie einwandfrei und unabweisbar nachgewiesen worden ist, keine Senkung des Brotpreises erfolgen. Nicht durch die Zerrümmung eines hochwichtigen Arbeitsschutzgesetzes kann eine Preisermäßigung für Brot erreicht werden, sondern durch die Herabsetzung der überhöhten Sölle auf Brotgetreide.“

Nachdem die Entschliebungen angenommen waren, enwidelte sich die Debatte über die zu erwartende Notverordnung zu einer

**Aussprache über die politischen Konsequenzen.**

die sich ergeben könnten, wenn die Regierung fortfährt, die Lasten aus der Krise einseitig und unbegrenzt der Arbeiterschaft aufzuerlegen. In einer Reihe von Reden kommt zum Ausdruck, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern scheint, in dem die Haltung der Arbeiterbewegung nur noch bestimmt sein kann von dem Bestreben, das bisher unerschütterte Vertrauen ihrer Gesellschaft auch für fernere Zeit sich zu erhalten.

Der Bundesausschuß wendet sich darauf dem zweiten Punkt seiner Tagesordnung zu. Den Bericht über die

**Lage der Sozialversicherung in der Krise**

ersterer Kollege Beller. Was hier vorgehe, sei nur eine Ergänzung zu den Folgen, die unter dem ersten Punkt der Beratungen erörtert worden seien: Auch hier Abbau sozialer Rechte, auch hier Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft!

Eine zu diesem Punkt vom Bundesausschuß vorgelegte Entschliebung wurde vom Bundesausschuß einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der Bundesausschuß weist erneut auf die katastrophale Lage der Invaliden- und Unfallversicherung hin, deren finanzielle Grundlagen teils infolge der durch die Arbeitsmarktkrise verursachten Einnahmeverluste, teils durch den

Anfall der zugesicherten Reichszuschüsse erschüttert sind. Insbesondere die Invalidenversicherung ist durch das Ausbleiben der in der letzten Bräunung zugesagten Mittel, durch die Zahlung der Reichszuschüsse, in zur Zeit unverwertbaren Schatzanweisungen und durch festgefrorene Kredite an Reich, Länder und Gemeindevverbände in ihrer Leistungsfähigkeit auf das Schärfste beeinträchtigt. Es wäre ein gewaltiges Unrecht an der Arbeiterschaft, wollte man diese Notlage, die die Versicherungsträger unerschuldet trifft, dazu ausnützen, den Wünschen der Unternehmer nachzugeben und die heute schon völlig unzulänglichen Versicherungsleistungen abzubauen. Der Staat, der für die Sanierung privater Unternehmungen eintritt, hat die Pflicht, in dieser Krise auch der Sozialversicherung Hilfe zu gewähren. Die akuten Schwierigkeiten der Invalidenversicherung wären dadurch zu beheben, daß Reich, Länder und Gemeindevverbände ihre schuldnerischen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsanstalten erfüllen.“

Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organisatorischen Verbesserung und Vereinfachung erachtet auch der Bundesausschuß für notwendig. Diese Reform muß aber auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Dagegen warnt der Bundesausschuß dringend davor, einen Leistungsabbau auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen. Eine solche wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiterschaft getroffene Maßnahme müßte dem einmütigen Widerstande der Gewerkschaften begegnen.“

Kollege Seppert teilt dann mit, daß der Verband der Friseure mit dem Gesamtverband Verhandlungen über seinen Anschluß geführt hat. Die Verhandlungen sind soweit gediehen, daß ihr Ergebnis den Mitgliedern des Friseurverbandes in einer Urabstimmung vorgelegt werden kann.

Zu Revisoren für die Bundeskasse wählte alsdann der Bundesausschuß die Kollegen Bader, Haas und Müntner.

# Politische Wochenschau

## Ende des Wirtschaftsbeirats

Dem Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung war die Aufgabe gestellt worden, Vorschläge darüber zu machen, wie die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft den Preisentwicklungen auf dem Weltmarkt und den gesunkenen Einkommen in Deutschland angepaßt werden könnten, ohne daß inflationistische Maßnahmen getroffen werden. Diese Aufgabe ist nicht gelöst worden. Die Vertreter der Gewerkschaften haben in der Aussprache den Schlussfolgerungen des Reichstanzlers nicht zugestimmt, sondern betont, daß es dem Wirtschaftsbeirat nicht gelungen sei, ein sozial gerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen. (Vgl. darüber den Artikel: Tagung des Bundesausschusses des ADGB.)

## Ein hochverräterischer Plan

Wie es im „Dritten Reich“ der Halenkreuzler aussehen wird, das hat man aus einem Dokument erfahren, das von den Regierungen in Preußen und Hessen veröffentlicht worden ist. Die Leiter der Nazi-Partei in Hessen haben darin die Befehle und Richtlinien niedergelegt, nach denen sie verfahren wollen, wenn ihnen die Macht zufallen sollte.

Den Sturmabteilungen (SA.) wird unbeschränkte Kommandogewalt gegeben. Wer ihren Anordnungen nicht sofort Folge leistet, wird sofort mit dem Tode bestraft.

Erschossen wird, wer seine Schusswaffe nicht rechtzeitig abliefern kann. Wenn Beamte, Angestellte und Arbeiter in öffentlichen Betrieben nicht für die SA arbeiten wollen, so werden sie mit dem Tode bestraft. Wer gegen die von der Halenkreuzführung erlassenen Verordnungen verstößt, kann gleichfalls mit dem Tode bestraft werden. So geht das immer weiter. Es wird erschossen, erschossen, vielleicht auch gehängt. Selbstverständlich jeder Streik verboten, die Arbeiterschaft darf also nicht mehr für die Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen.

Außerdem wird aber auch eine Hungerdiktatur über das deutsche Volk verhängt.

Sämtliche Lebensmittel sollen ohne Entgelt abgeliefert werden, kein Erzeuger oder Händler darf noch etwas verkaufen oder vertauschen. Auch hierbei gibt es Todesstrafen. Als Ersatz wird eine kollektive Speisung und die Ausgabe von Lebensmittellkarten, wie im Kriege, versprochen. Privat Einkommen darf es nicht mehr geben, Zinsen dürfen nicht mehr gezahlt werden, sämtliche Geldforderungen sollen erlöschen. Die kleinen Sparrer, die den Sparkasten ihre paar Mark anvertraut haben, sollen also noch einmal enteignet werden. Dafür wird ihnen aber versprochen, daß sie keine Miete mehr zu zahlen brauchen. Zur Aburteilung aller Vergehen werden Feldgerichte eingesetzt. Den Schlüsselpunkt des Dokuments bildet die Zwangsarbeit, zu der jeder Deutsche vom 16. Lebensjahr ab verpflichtet ist. Wer sich dieser Pflicht entzieht, bekommt nichts zu essen. Die Juden usw. sind von vornherein von der Dienstleistung befreit, da sie aber keinen Anspruch auf Ernährung haben, so sollen sie dem Hungertode ausgeliefert werden. Ähnlich wird es wohl den Dissidenten ergehen, von den Mitgliedern der Arbeiterorganisationen ganz zu schweigen.

## Und der Reichsanwalt?

Dies Dokument ist ein Gemisch von Wahnsinn, Dumheit und Barbarei. Sollte auch nur der Versuch zu seiner Verwirklichung unternommen werden,

so würde Deutschland in wenigen Tagen nur noch einen Trümmerhaufen bilden.

Das Wesentliche aber an dem Plan ist, daß es einwandfrei eine Vorbereitung zum Hochverrat darstellt. Es ist der Polizei von einem Mitglied der heillosen Führung der Halenkreuzler übergeben worden, dem Offenbacher Kreisleiter Dr. Schäfer, dem Gewissensbedenken gekommen sind. Während aber die preußische und die hessische Regierung sofort zugegriffen haben, erklärt der Oberreichsanwalt Dr. Werner, daß dieser Plan sich gar nicht gegen die jetzige Regierung richte, sondern nur dann verwirklicht werden solle, wenn durch eine „Kom-

muneherrschaft“ die republikanische Verfassung gestürzt sei! Die Erklärung Werners lieft sich wie eine Verteidigung der nationalsozialistischen Umsturzpläne. Daß ihre Urheber selbst von ihrer Schuld überzeugt sind, geht schon daraus hervor, daß der Verfasser des Dokuments, Dr. Best, inzwischen das Weite gesucht hat.

## Ein Antrag der Reichsregierung

Die Reichsregierung hat jetzt den offiziellen Antrag auf Einberufung des Sonderausschusses der Bank für internationale Zahlungen gestellt. In dem Schriftstück wird ausgeführt, daß sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands in den letzten Monaten aufs äußerste zuspitzt habe. Die Durchführung des von dem amerikanischen Präsidenten Hoover vorgeschlagenen Feterjahres habe ebensowenig eine Besserung der Lage gebracht wie das Stillhalteabkommen für die privaten Schulden. Seit der Auffstellung des Young-Planes sei die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt durch eine Krise ohnegleichen von Grund auf geändert worden. Jetzt müsse die Lage in ihrer Gesamtheit geprüft und insbesondere die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt werden. Auf Grund dieses Antrags wird der Sonderausschuss sofort zusammentreten, man rechnet damit daß im Dezember die internationale Konferenz der beteiligten Regierungen beginnen wird, in der die Reparations- und Schuldenfrage neu geregelt werden soll.

## Ein Landesverratsprozess

Das Reichsgericht in Leipzig hat den Herausgeber der Zeitschrift „Die Weltbühne“ und einen Schriftsteller wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Verbrechen wurde in der Veröffentlichung eines Artikels gefunden, der bereits vor 2 1/2 Jahren erschienen ist und in dem Kritik an der deutschen Luftschiffahrt geübt wurde. In dem Aufsatz wurden nur Dinge erwähnt, die bereits öffentlich bekannt oder aus den Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Reichstags berichtet worden sind. Trotzdem hat das Reichsgericht die Deffektivität nicht nur für die Verhandlung, sondern auch für die Verkündung des Urteils und seiner Begründung ausgeschlossen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat jetzt eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung gefragt wird, ob sie die Urteilsbegründung bekanntgeben wolle, ob sie ein solches Geheimverfahren für geeignet halte, das Vertrauen des deutschen Volkes in die deutsche Rechtsprechung zu stärken und ob sie der Meinung sei, daß durch die Art der Prozeßführung im Ausland nicht viel falschere Auffassungen über angebliche deutsche Geheimrüstungen entstehen könnten, als sie vor der Durchführung des Prozesses bereits bestanden haben.

## Katholische Geistliche gegen Lohnsenkung

Ein vernichtendes Urteil über die bisherige Wirtschafts- und Sozialpolitik ist jetzt von einer Seite gefällt worden, die der jetzigen Regierung außerordentlich nahesteht. In Bochum hat die katholische Geistlichkeit des Ruhrgebiets im Beisein des Bischofs von Baderborn eine Entschlieung gefaßt, in der festgestellt wird, daß die Lage der Bergarbeiterfamilien durch Lohnherabsetzungen, Feierschichten und Stilllegungen eine kaum mehr tragbare Verschlechterung erfahren hat. Daher müsse auf das eindringlichste vor jedem einseitigen Schritt gewarnt werden, der unabsehbar schlimme Folgen nach sich ziehen könnte. Was hier von den Bergarbeitern gesagt wird, das gilt für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Die Not in weiten Kreisen hat einen Umfang angenommen, der vielfach kaum noch zu ertragen ist. Jede weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung muß also auf das entschiedenste bekämpft werden. Hoffentlich macht die Erklärung der katholischen Geistlichkeit des Ruhrgebiets auf die Regierung Drängung den erforderlichen Eindruck.

Eine gute Tat, wenn sie wirklich die Probe hält, ist besser als Millionen guter Worte; aber manchmal ist das Wort die Tat selbst, und dann hat es hohen Wert. Seume.

## Schnelle Ernüchterung

Deutsche Unternehmer jammern über englische Zölle.

Selten ist der Uebermut einer bornierten Reaktion so schnell und hart bestraft worden wie im Falle des kürzlich stattgefundenen englischen Regierungswechsels. Wie jubelte die deutsche Reaktion einschließlich des Unternehmertums, als die Arbeiterpartei infolge eines durch wüsten Agitation der sozialkapitalistischen Gegner geführten Wahlkampfes und eines monströsen Wahlsystems die Regierung abgeben mußte. „Das englische Volk ist zur Vernunft zurückgekehrt“, „Der internationale Marxismus hat eine schwere Niederlage erlitten“ freischten entzückt die Presseorgane unserer verlotterten Bourgeoisie.

Dieser Jubel ist rasch verstummt, als die Pläne der neuen Bürgerregierung Englands bekannt wurden!

Das Inselreich kündete die Absicht an, seine Produktion durch Einführung von Zöllen, die in England bisher eine Seltenheit waren, zu schützen. Bald erschien eine Liste, welche 23 Warengruppen auswies, auf die ein 50prozentiger Zoll gelegt werden sollte.

Für Textilien waren folgende Positionen aufgestellt:

Manufakturwaren, ganz oder teilweise aus Wolle (einschl. Mohair und Kaschmir), und zwar: Gewebe in Stücken einschl. Kammgarn; Plüsch- und plüschähnliche Gewebe, wie Samt, Velvet; Flanel und halbwoollene Stoffe; Wallbeden, Kassebeden, Schals (außer gestrickten), kleine Decken, Umhlagtücher; Filz; Teppiche und Vorleger.

Strümpfe und Unterzeug, ganz oder teilweise aus Wolle, Seide oder Kunstseide. Tischtücher, ganz oder teilweise aus Leinen.

Ganz- oder Halbleinen-Gewebe (außer Fertigfabrikaten für Haushaltszwecke).

Mäntel und Windjacken (außer wasserdichten Mänteln und Jacken) und Leder- und Gummimäntel und Jacken.

Anzüge, Jacken, Westen und Hosen für Männer und Knaben.

Handschuhe jeder Art (ausgenommen Gummihandschuhe), halbfertige Handschuhe und Handschuhmacher.

Das ist das Geschenk der von den deutschen Industriellen bejubelten englischen Bourgeois-Regierung an die exportierenden Staaten. In der schwerindustriellen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ jammerten sachsische Textilindustrielle über diese neue Situation wie folgt:

„Schneller als erwartet werden konnte, ümt England seine Zollmauern höher. Auf Grund des Antidumping-Gesetzes erhebt England bereits mit Wirkung vom 23. November für bestimmte Warengruppen neue Zölle. Für andere Warengruppen, insbesondere auch Textilwaren, werden voraussichtlich schon in der allernächsten Zeit höhere Zölle eingeführt werden. Davon wird

die Textilindustrie Sachsens, in deren Händen der weitaus größte Teil der Textilwarenausfuhr nach England liegt,

schwer betroffen. Im Jahre 1930 führte unsere Textilindustrie an Seiden- und Kunstseidengeweben für 77 Millionen aus, an Baumwollgeweben für 73 Millionen und an Kleidung und Wäsche für 23 Millionen. Eine ausschlaggebende Rolle bei diesen Ausfuhrziffern spielen Strümpfe, Stoffhandschuhe und Tricotagen, die fast reißlos Sachsen nach England liefert.“

„Uebermut tuß selten gut“ könnte man hier sagen und sich freuen, daß unsere „Wirtschaftsführer“ so rasch für die Blödselen, die ihre Presse brachte, gestraft werden. Leider trifft diese veränderte Einstellung Englands die deutschen Arbeiter ebenso hart. Uns bleibt nur zu hoffen, daß eine der häufigsten Krankheiten unserer Zeit, die Abschließung der Staaten voneinander durch himmelhohe Zollmauern, bald kuriert wird. Das wird wohl aber nur durch Arbeiterregierungen geschehen können!

## Weiterer Rekord-Ausfuhrüberschuß

Im Monat Oktober wurde ein Ausfuhrüberschuß von 296 Millionen Mark erzielt gegenüber 287 Millionen Mark im September und 349 Millionen Mark im August, mithin allein in drei Monaten ein solcher von 1182 Millionen Mark. Im Oktober ist die Erhöhung des Ausfuhrüberschusses allein durch die Steigerung der Ausfuhr erzielt worden. Die Einfuhr stieg von 448 auf 483 Millionen Mark und die Ausfuhr von 835 auf 879 Millionen Mark. Die Ausfuhrerhöhung entfällt nahezu völlig auf Fertigwaren. Deren Ausfuhr stieg um 48 Millionen auf 691 Millionen Mark. Der Ausfuhrüberschuß in den ersten zehn Monaten dieses Jahres beläuft sich auf rund 2,4 Milliarden Mark. Daraus entfallen 347 Millionen Mark auf Reparationsfachlieferungen. Die Lieferungen nach Rußland spielen dabei eine gewisse Rolle. Nach dort wurden von Januar bis Oktober 1931 für 592 Millionen Mark Waren geliefert. Man könnte sich über diese Entwicklung freuen, wenn man nicht wüßte, daß die gesteigerte Ausfuhr teilweise auf Scheuderegporte und Preisunterbietungen zurückzuführen ist.

# ERSCHIESSEN

## Befehl des Führers an das Volk:

### AUS DER ERSTEN NAZI-REGIERUNGSPROKLAMATION:

Jeder Anordnung der SA., gleich von welchem Dienstgrad erteilt, ist sofort Folge zu leisten. Wer sich widersetzt, wird erschossen.

Wer nach Ablauf von 24 Stunden im Besitz einer Schusswaffe betroffen wird, wird auf der Stelle erschossen.

Jeder Beamte, Angestellter und Arbeiter, der seinen Dienst nicht sofort wieder aufnimmt, wird wegen Widerstand und Sabotage erschossen.

Wer gegen die Notverordnungen der neuen Regierung verstößt, wird in besonders schweren Fällen erschossen.

Alle Lebensmittel sind ohne Entgelt abzuliefern. Jede Berechtigung der Feststellung und Ablieferung von Lebensmitteln wird mit Einziehung des gesamten Vermögens bestraft. Daneben ist jeder Grad von Freiheitsstrafe und nach dem ersten „Befehl an die Bevölkerung“ die Todesstrafe zulässig.

Jede Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen unterbleibt.

Jeder Zinsentwurf für Geldforderungen, jeder Mietzins für Wohnräume wird aufgehoben.

Jeder Deutsche (nicht Juden usw.), männlichen und weiblichen Geschlechts ist vom 16. Lebensjahr zur Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet.

Der Anspruch auf Ernährung ist von der Erfüllung der Dienstpflicht oder der Bereitschaft abhängig.

# WIRTSCHAFTSPROGRAMM OHNE SINN

## Das alte Rezept: Senkung der Löhne und Gehälter

### Verbilligung der Lebenshaltung — aber wie?

Die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates, aus denen sich das neue Programm der Reichsregierung gebären soll, haben wohl die gesamte Öffentlichkeit unbefriedigt gelassen. Noch mehr wohl das, was die Reichsregierung aus diesen Verhandlungen gemacht hat. Den Eindruck, den sie von den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates hatte, legte sie in acht Leitsätzen nieder, und wir können nur hoffen, daß diese Leitsätze nicht in Bausch und Bogen als Fundamente des angekündigten Wirtschaftsprogramms dienen.

Es stellt manches in diesen Leitsätzen, was die Gewerkschaften unterschreiben können: das, was sie selbst angeht haben. So die Notwendigkeit einer Verbilligung der Lebenshaltung, die Zinssenkung im Rahmen unserer gesamten finanzpolitischen Lage, die Annäherung von Produzentenpreisen ganz allgemein gegenüber den Verbraucherpreisen u. a. m. Streitpunkt bleibt die Senkung der Löhne und Gehälter.

Es handelt sich dabei nicht nur um eine soziale Angelegenheit, sondern um ein Problem, das von größter Tragweite für unsere Wirtschaftsentwicklung werden muß. Die Reichsregierung hat versprochen, durch ihr neues Wirtschaftsprogramm „die Arbeitslosenheerde zu vermindern“, die leeren Fabriksäle wieder zu bevölkern. Deshalb, so folgert sie, müsse sie die Entstehungskosten durch Lohn- und Gehaltsabbau senken. Es tut uns leid! Wir können nur das eine sehen, daß niedrigere Löhne und niedrigere Gehälter die Kaufkraft weiter drosseln und die Krise weiter verschärfen. Ein solches Wirtschaftsprogramm ist, im Gegensatz zu den Ankündigungen der Regierung, weder „sozial gerecht“ noch „wirtschaftlich wirksam“. Jedes so geartete Wirtschaftsprogramm muß zu einem Fiasko führen, muß die Massen draußen, ohne Arbeit und Brot, weiter enttäuschen.

Im Wirtschaftsbeirat platzten die Meinungen aneinander. Die Gewerkschaftsvertreter haben sich in geschlossener Front gegen jeden Lohn- und Gehaltsabbau gestellt und dargelegt, daß sie sich die Forderungen der Regierung niemals zu eigen machen können. Ihnen gegenüber standen die Unternehmensvertreter. Ihre einzige Forderung war: weiterer Lohnabbau! Das Ziel ist, die ganze Leistungssteigerung der Arbeiterschaft, die im Rahmen der Rationalisierung erreicht worden ist, für die Profitquote mit Beschlag zu belegen.

Aus dem Widerstreit der Meinungen hat die Reichsregierung eine Synthese versucht. Sie hat gewissermaßen einen Kompromiß mit sich geschlossen. Sie hat die alte Formel herausgeholt, nach der man mit den Löhnen zugleich die Preise abbauen will. Der „Textil-Arbeiter“ hat sich des

öfteren mit dieser Formel beschäftigt und ihre Untauglichkeit hinreichend dargelegt. Es gibt eben keinen Preisabbau, der so weit geht, daß der Reallohn nicht angetastet wird. Man kann die Zölle, besonders die Agrarzölle, weitgehend ermäßigen. Man kann auf dem Gebiet des Kartellunges und der Kartellpreise einigermaßen Ordnung schaffen. Aber die Voraussetzungen liegen so, daß der Prozeß einer kombinierten Preis- und Lohnsenkung immer zumungunsten des Reallohns ausgehen muß. Die Vertreter des Handwerks im Wirtschaftsbeirat und die Vertreter der Kleinindustrie, die sich während der Verhandlungen dem Standpunkt der Gewerkschaftsvertreter näherten, haben schon ganz richtige Schlüsse aus der Vergangenheit gezogen. Sie haben anscheinend die Nase vom Lohnabbau hinreichend voll, weil er verheerend auf die ganze Wirtschaft wirkt. Die Vertreter des Lohnabbaus waren die Groß- und die Schwerindustrie. Ihrer Auffassung liegen wesentlich andere Gründe, z. B. der Erhaltung eines spekulativen Besitzes und der Erhaltung einer übersteigerten Kapazität, zugrunde. Sie haben ihre Auffassung durchzusetzen gewußt. Nicht zuletzt auf Grund der politischen Lage, wie sie sich seit dem 14. September 1930, dem Sieg des Rechtsradikalismus, gestaltet hat.

### Untauglicher Versuch am untauglichen Objekt

Die Regierung steht bei ihrem Versuch der oben dargelegten Synthese ohne Zweifel im Banne der englischen Hypothese. Sie läßt sich von den Dingen leiten, die sich gegenwärtig in England im Anschluß an die Pfundentwertung abspielen. Sie übersieht dabei die Dinge, die sich anderswo in der Welt entwickeln. Nicht zu guter Letzt in England.

In England ist es gegenwärtig so weit gediehen, daß man zahlenmäßig fixieren kann. Das Absinken des englischen Pfunds seit dem 19. September, wo die englische Goldwährung aufgehoben wurde, macht etwa 20 bis 25 Proz. aus. Diese Spanne hat sich natürlich nicht auf die Preise übertragen. Die englischen Preise dürften seit-

dem, in Gold gerechnet, etwa um 10 Proz. gesunken sein. Das hat die englische Position auf dem Weltmarkt selbstverständlich erleichtert, wenn man auch im englischen Außenhandel bisher wenig davon merkt. Die Steigerung des englischen Exports ist während des Monats Oktober hinter der Steigerung während der letzten drei Jahre zurückgeblieben. Die Steigerung liegt auch unter der Steigerung der Einfuhren. Trotzdem sind merkliche Preisabflachungen zu konstatieren. So bei der Kohle, immer für die Wareneinheit in Reichsmark und für den November gegenüber dem Monat September, von 18,40 Mk. auf etwa 14,70 Mk., für Stabeisen von 125,13 auf 103,35, für Baumwollgarn von 0,65 auf 0,61, für Kattun von 16,34 auf 14,51, für Wollgarn von 2,17 auf 1,99.

Das sind Auswirkungen, die den Anhängern einer Inflation, die es ja auch noch in Deutschland gibt, recht zu geben scheinen. Aber Inflation bedeutet ja auch, daß sich die Nominalpreise erhöhen, einmal, weil das Ausland die Inflation ja nicht mitmacht, des andern, weil der steigende Nominalpreis die Löhne mit hochtreiben muß. Wir haben das ja alles während der Inflation in Deutschland erlebt. Die durch Inflation gesenkten Auslandspreise lassen sich nur solange behaupten, wie die Löhne die Steigerung nicht mitmachen. In England liegen die Dinge mal erst so, daß die Großhandelspreise sich bis jetzt um mehr als 10 Proz. erhöht haben. Die Lebensmittelpreise sind stabil geblieben, was sich aus der ganzen englischen Einfuhrtechnik erklärt. Die englischen Vorratslager sind noch mit billig eingekauften Vorräten angefüllt; sie werden noch zu alten Preisen abgegeben. Die Zeit wird kommen, wo man den Schleier der Währung und der Zahlen durchschaut und auch die Lebensmittelpreise an den Goldpreis anpaßt. Das bedeutet auf Sicht Verteuerung der Lebensmittel und der Mieten. Ihr muß die Erhöhung der Löhne folgen. Das wird erstentscheidend für den Stand der englischen Ausfuhrpreise sein und damit auch für die Konkurrenzfähigkeit Englands gegenüber anderen Ländern und insbesondere gegenüber Deutschland.

## Wohin mit unseren Waren?

### Absatz auf dem Binnenmarkt

### Stärkung der Kaufkraft im Lande

Weil hier aber die Aussichten ziemlich gering für England sind, wird sich die Lage auf den Weltmärkten komplizieren. England wird früher oder später, wenn die günstigen Auswirkungen seiner Pfundinflation verpufft sind, zu anderen Mitteln greifen, um seine Handelsbilanz aufzubessern und seine Zahlungsbilanz wieder in Ordnung zu bringen. Bereits Mitte November hat es Dumpingabwehrgölle eingeführt, und zwar ziemlich hohe. Das wird natürlich die Lebenshaltung in England verteuern, die günstigen Wirkungen der Inflation noch mehr zersetzen und zu guter Letzt zu neuen Zöllen führen. Wir sind mal wieder bei der Schlange, die sich selbst in den Schwanz beißt. Wird man in England sehen, daß man sich gegen ein deutsches Warendumping nicht helfen kann, dann wird man nicht zögern, neue Zölle zu machen.

Bei handelt es sich nicht allein um den englischen Fall. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Schweizer mit ähnlichen Projekten auf den Plan getreten sind. Frankreich hat auf dem Umweg über die Einfuhrzölle sein Zollniveau erhöht. Im Südosten Europas erwägen die Staaten

Schritte, die alle auf der Linie liegen, die Wirtschaften gegeneinander abzuschließen. Es ist so leicht, sich mit Zöllen und Verböten gegen unerwünschte Einfuhren zu schützen. So leicht und so wirksam, daß es keinen Wettlauf zwischen Lohndumping und Valutadumping gibt. Das wenigstens sollte man in Deutschland gelernt haben.

Betrachten wir die Lage ohne Leidenschaft und Zorn, dann ergibt sich folgendes: Der Umfang des Welthandels wird sich in den nächsten Monaten ganz merklich verringern. Die Exportindustrien müssen sehen, wie sie ihre Waren, die keine Unterkunft am Weltmarkt mehr finden, im Lande absetzen. Wie weit das gelingt, davon hängt die Konjunktürentwicklung während des Winters in den einzelnen Wirtschaften ab. Das erheischt aber Stärkung der Kaufkraft im Lande. Gegen diesen Grundsatz verstößt sich die Synthese der Reichsregierung. Darum ist das kommende Programm der Reichsregierung, wenn es am Lohn- und Gehaltsabbau festhält, weder sozial gerecht noch wirtschaftlich wirksam.

### Ankurbelungsphantasien

Selbstverständlich weiß die Regierung, daß weiterer Lohn- und Kaufkraftabbau die Krise verschärfen muß. Man setzt sich aber darüber mit einer Theorie hinweg, die ungefähr wie folgt aussieht: Die Krise mit ihrem sinkenden Umsatz hat die Unternehmensgewinne verringert, das Risiko gesteigert. Soweit Mittel vorhanden sind, um ein neues Geschäft anzukurbeln, fürchtet man sich, etwas zu riskieren. Man will nun

die Gewinnquoten steigern, um die Unternehmungslust anzuregen. So will man gewissermaßen in die Wirtschaft einen Motor einschalten, den Motor der Unternehmungslust.

Gemessen an der Unlogik der kapitalistischen Wirtschaft, an der Tatsache, daß sich die kapitalistische Wirtschaft nicht von volkswirtschaftlichen Ueberlegungen, sondern vom Gewinnstreben leiten läßt, ist das schon richtig. Wenn wir in Deutschland nicht völlig anormale Verhältnisse hätten. Diese anormalen Verhältnisse lassen sich aber nicht leugnen und lassen sich nicht durch höhere Gewinne aus der Welt zaubern. Sie sind innen- und außenpolitisch begründet. Außenpolitisch durch die bange Frage, was aus dem Stillhalteabkommen im Februar 1932 wird und schließlich, was aus den Reparationsverhandlungen werden soll. Jeder, der heute ins Geschäft geht, muß mit Komplikationen aus diesen beiden Faktoren rechnen, muß mit Lawinen im Geschäftsleben kalkulieren, die, ähnlich wie im Juni und Juli 1931, jeden überschütten, der sich aus der Sicherheitszone, wo sein Geld jeden Augenblick greifbar, herausgewagt hat. Solange diese Gefahr besteht, kann sich Unternehmerinitiative nur in beschränktem Maße entwickeln. Dazu kommen die Verhältnisse im Innern selbst. Die Gegensätze auf politischem Gebiet spitzen sich zu. Wenn man schließlich im Geschäftsleben die Gefahren auch nicht überschätzt, so hält man es für klug und den Geboten der Vorsicht entsprechend, sich möglichst zurückzuzhalten.

Eine hohe Profitquote kann wohl die kapitalistischen Ratten hier und da aus ihren Erdlöchern hervorlocken. Eine allgemeine Anregung daraus zu erwarten, ist einfach Unsinn.

Selbst wenn die allgemeine Anregung doch kommen sollte, wird sie sich nicht automatisch vortreiben können, weil es im Lande an der nötigen Kaufkraft und an Krediten fehlt.

Man kann die Dinge nehmen wie man will, man kann sie überlegen wie man will, man kommt immer wieder zu dem Schluß, daß die Gedanken, die dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zugrunde liegen, Phantastereien sind. Man kommt immer wieder zu der richtigen Ueberzeugung, daß die Wirtschaftsbelegung durch Kaufkraft und Wiederherstellung unserer Kreditwirtschaft untermauert werden muß. Dazu gehört aber, daß man mit dem Lohnabbau Schluß macht und die politische Befriedung in Deutschland einleitet.

### Literatur

**Aufbau und Verfahren der sozialen Versicherung.** Von Friedrich Kleis, Bürgermeister in Wiesbaden. Heft 1 von Borchels Schlüsselbüchern. 4. Auflage (13. bis 16. Tausend). Verlag Friedrich A. Borchel, Leipzig C 1, Königstraße 26B. Einzelpreis 0,70 RM., bei Partiebefestellungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Für alle an der Durchführung der öffentlichen Versicherung beteiligten und von dieser berührten Personen ist dieses Büchlein auch als Nachschlagewerk unentbehrlich.

**„Der politische Antiquar“.** Im Internationalen politischen Antiquariat, Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, erschien soeben Nr. 4 des politischen Antiquars, enthaltend Literatur zur Sozialpolitik. Dieser Katalog führt in etwa 800 Nummern bedeutende Einzel- und Sammelwerke aus dem Gebiete der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung auf.

Der Katalog wird auf Anforderung unberechnet abgegeben.

### Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 6. Dezember, ist der Beitrag für die 49. Woche 1932

### Verlorenes Mitgliedsbuch

Die Ortsverwaltung Guben teilt mit, daß das Mitgliedsbuch Nr. 1587 152 des Kollegen Paul Schmitz, Weber, geb. am 14. Januar 1909 in Wilsdorf, eingetr. 24. November 1924 in Guben, verlorengegangen ist. Sollte das Mitgliedsbuch irgendwo vorgelegt werden, bitten wir, es anzuhalten und uns zu übersenden.

Der Hauptvorstand.

### Adressenänderungen

Gau Dresden: Limpach, Fritz Winkler ist zu streichen. (Die Ortsverwaltung G. wird von Burgstädt mit verwaltet.) — Stolberg: D. Rödel ist zu streichen. R.: Fritz Winkler.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreffel in Berlin. — Verlag: Karl Schöber in Berlin, Remer Str. 89. — Druck: Hermann Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

## EIN PEITSCHENHIEB

in die Fratze der Kriegsbestie ist das Buch von Peter Riss

## DIE GROSSE ZEIT

## STAHLBAD ANNO 17

wovon der Fackelreiter-Verlag soeben eine neue Auflage von 10000 Exemplaren herausgeben konnte.

DAS Kriegsbuch des Arbeiters. „Das Hauptwerk der deutschen Kriegsliteratur“ ein Urteil der Auslandspresse. Der Arzt und Dichter Friedrich Wolf empfand „Stahlbad Anno 17“ als „Volksreifer in die Stellung des Stahlneuro-Faschismus“. Jeder die Krieger schenke dieses Buch seinen Sohn!

Der 449 Seiten starke Leinwandband kostet RM 8.—. Es gibt aber auch eine billige Ausgabe zu RM 6.—

lassen Sie sich das Buch vorlegen vom

Fackelreiter-Verlag, Berlin W 15

## Strafe in der Erziehung

### Weg mit der Prügelpädagogik

Unter obigem Titel hat die nicht warm genug zu empfehlende Zeitschrift für Psychoanalytische Pädagogik eine Reihe von Aufsätzen verschiedener Psychoanalytiker zusammengestellt, die das so ungemein wichtige Problem der Strafe in der Erziehung von den verschiedensten Standpunkten aus beleuchten. Ärzte und Pädagogen haben sich zusammengetan, um den Eltern und sonstigen Erziehungspersonen wertvollste Fingerzeige in bezug auf Strafen zu geben.

August Aichhorn-Wien weist in seinem Artikel: „Lohn oder Strafe als Erziehungsmittel?“ darauf hin, daß bisher vielfach die Abhängigkeit der Erziehungsmittel vom Erziehungsziel, vom Objekt der Erziehung — Kind — und von allgemeinen und besonderen Begleitumständen der Erziehungsarbeit zu wenig gemüht wurde, und betont, wie durch unbehobene Tendenz die Erreichung des bewußten Erziehungszieles beeinträchtigt wird. Mit einer Fülle von Beispielen aus seiner Erziehungspraxis legt er dar, daß Lohn oder Strafe als Erziehungsmittel zu werten sei. Ähnliche Resultate bietet Dr. Bernfeld-Berlin in seinem Aufsatz: „Ueber die allgemeinste Wirkung der Strafe“, in welchem er nicht bloß die pädagogische, sondern auch die Rechtsstrafe, welche mit ersterer in ihren Wirkungen vielfach verknüpft ist, in den Kreis seiner Betrachtungen zieht.

Dr. Weiß-Rom weist in seiner Abhandlung über „Strafe in der Erziehung“ auf jene Kompensationen hin, die sich aus dem natürlichen Schuß- und Liebedürfnis des Kindes in bezug auf allzu große Strenge oder Milde seiner elterlichen Erzieher ergeben. Dr. Melitta Schmiedberg-Berlin steuert scharfsinnige Ausführungen über die Psychologie des Strafens bei, reich mit Fällen aus ihrer Praxis belegt. Vom Standpunkt des Arztes aus sprechen Dr. Hitzmann-Wien über „Strafen aus analogen Motiven“, wobei er verschiedene Fehler nur zu weit verbreiteter Erziehungsfehler aufdeckt und einer Vertiefung psychoanalytischen Wissens als bestem Wegweiser durch das Labyrinth der pädagogischen Probleme das Wort redet; ferner Dr. Alfhild Tamms-Stockholm über einen Fall von Jähzorn und Selbstbefragungstendenz bei einem Mädchen, der wieder zeigt, wie vieles, was uns alltäglich vorkommt und doch rätselhaft erscheint, durch psychoanalytische Einsicht sich klären läßt. Dr. Böhm hat in seiner Abhandlung „Strafe als Triebbefriedigung“, seine Aufgabe, Wesen und Arten der Triebe zu erläutern, glänzend gelöst. Er verwirft die Strafe als Vergeltungshandlung, nicht dagegen als bewußte Herausarbeitung des Prinzips der Realität, die dem Kind das An-

passen an die Wirklichkeit erleichtern soll; oder, wie Dr. Tamms sich ausdrückt: „Jede Strafe erfolge wie die selbst herbeigeführte Folge der schlimmen Handlung.“ Dr. Böhm redet der obligatorischen Einführung des Kindergartenbesuches lebhaft und mit triftigen Gründen verfehen das Wort und schließt mit folgenden nur zu wahren Worten: „Solange wir in einer Wirtschaftsverfassung leben, in der ein Drittel der amerikanischen Baumwollern nicht vernichtet werden muß, damit die Farmer nicht verhungern, während Millionen von arbeitslosen europäischen Arbeitern in zerfetzten Kleidern herumlaufen müssen, solange die Staatsregierungen für die Vernichtung unserer Kinder in einem künftigen Kriege noch immer ein Vielfaches von dem übrig haben, was sie für ihre Erziehung ausgeben, solange wird unser ganzes Programm ein frommer Wunsch bleiben müssen. Erziehungsreform (auch und gerade im Sinne der Erziehungsreform) und Politik sind eben untrennbar miteinander verbunden.“

Aus der Fülle der Beiträge sei nur besonders auf „Du Mensch erquäle!“ von Lehrer Karl Pipal-Süntramsdorf, hingewiesen. Dieser Beitrag befaßt sich mit dem Prügellaster in der Erziehung. Aus einer Rede bei Kindern einer Hauptschule über ihre Stellung zu diesem Problem ergibt sich eine vernichtende Beurteilung all derer, die, echt reaktionär, noch immer nicht des Stodes in der Pädagogik entraten zu können glauben. Was an Haß, Rachegefühlen, unsozialer Reaktion und schädlichen Affekten aller Art in Kinderseelen geweckt wird, die solch einer Prügelpädagogik ausgesetzt wurden, das zeigt sich in erschreckender Weise in diesen ungeschminkten Aussagen dieser Knaben und Mädchen. Aus diesen Blättern kann jeder Vater und jede Mutter unendlich viel lernen!

## Bei den bayrischen Textilarbeiterinnen

### Eine Frauenkonferenz in Immenstadt

Auf 8. November hatte der Bezirksvorstand eine Frauenkonferenz nach Immenstadt einberufen. Zahlreich sind die Kolleginnen der Einladung gefolgt. Der Zweck der Zusammenkunft sollte sein, besonders die Frauenfrage in der heutigen Wirtschaft zu besprechen. Die Kollegin Niewiera, Berlin, hatte das Referat übernommen. Auch Kollege Schönleben vom Hauptvorstand hatte zu den gegenwärtigen aktuellen Tagesfragen längere Ausführungen gemacht. Der Zusammenkunft sollte sein, besonders die Frauenfrage in der heutigen Wirtschaft zu besprechen. Die Kollegin Niewiera (Berlin) hatte das Referat übernommen. Auch Kollege Schönleben vom Hauptvorstand hatte zu den gegenwärtigen aktuellen Tagesfragen längere Ausführungen gemacht.

Das Referat der Kollegin Niewiera hatte zur Grundlage „Die Arbeiterinnen in der heutigen

Wirtschaft“.

Wirtschaft“.

Wirtschaft“.

Wirtschaft“.

Wirtschaft“.

Wirtschaft“.

Wirtschaft“.

Wirtschaft“.



Wirtschaft“.

Wirtschaft“.

## Die merkwürdige Brille

Von Theodor Thomas.

Der Optikergehülfe Grafmann hatte ein Augenglas von ganz besonderer Stärke für einen Kunden anzufertigen. Nachdem er lange herumgeschliffen, gerechnet, probiert und wieder geschliffen hatte, war ihm endlich das Werk gelungen. Ja, mehr als dies: als er die Gläser über seine eigene Brille stülpte, verspürte er eine ganz ungewöhnliche Wirkung. Diese nämlich: Er konnte durch die Gläser die wahren Gedanken der Menschen, mit denen er gerade im Gespräch war, erraten. Das überströmte ihn, als berührten seine Hände eine elektrische Leitung. Wie die Töne einer Orgel erfüllte die Gehirnarbeit des Partners sein Innerstes. Es war, als ob sich ihm die Schädel öffneten...

Hinter dieses Geheimnis kam er spontan während des Essens durch seine Frau. Ein einfacher, schlichter Vorgang: Sie hatten Fleisch zu Mittag, wenig nur — wie immer. Die Frau sagte, daß sie keinen Appetit auf Schweinernes habe, während er deutlich hinter ihrer Stirn ablesen konnte: „Ich will von dem kleinen Hapfen nichts essen; mein Mann, der schwer arbeiten muß, braucht ihn nötiger.“ Er verstellte sich wie sie, täuschte ihr eine Magenverstimmung vor und fische da: „Nuttchen aß mit gutem Appetit den ganzen Vorrat auf.“

Damit begann es also. Er wurde im gewissen Sinne gegenüber allen, mit denen er sprach, zum Gedankenleser.

Als Grafmann mir das erzählte, sah er lange veronnen vor sich hin, dann ergriff er wieder das Wort: „Vom Erstaunen kam ich fast in Schrecken. Doch ich will der Reihe nach berichten. Ich ging mit meiner Brille los. Der erste Bekannte, den ich traf, war mein sehr reicher Hauswirt. Er begrüßte mich



herzlich und fragte, wie es mir gehe. Ihm las ich folgendes ab: „Der Kerl hat eine neue goldene Brille, dem gehts auch noch nicht schlecht genug!“ Beinahe hätte ich Krach mit ihm bekommen, aber ich beherrschte mich.

Der nächste, der mir in die Brille lief, war unser Landrat, mit dem ich wegen einer Steuerfrage sprechen mußte. Mit ihm hatte ich schon oft heftige Zusammenstöße wegen seiner republikfeindlichen Haltung. Als ich ihm gegenüberstand, konnte ich seine heimliche Begrüßung hören: „Schon wieder dieser Grafmann mit seiner schwarzrotgoldenen Schnauze. Na, der soll sich freuen, nicht einen Funken Entgegenkommen.“ Laut schwafelte er: „Nun was haben Sie denn, mein lieber Grafmann? Ach ja, Ihre Steuerfrage. Ich möchte Ihnen gerne helfen, aber es ist ganz

undenkbar. Das tut mir ja furchtbar leid, aber an der ganzen Chose ist Ihre Regierung schuld.“ So lag er in einem Stück weiter.

Als ich ihm dann sagte, daß es für ihn wohl nur eine Kleinigkeit sei, die Sache zu regeln, meinte er: „Ganz ausgeschlossen, auf Ehrenwort, es geht nicht!“ Dies betonte er



laut, aber im gleichen Tempo übertrug meine Brille seine wahren Gedanken, die lauteten so: „Solange ihr noch Geld für die Sozis übrig habt und für die Gewerkschaften zahlt, könnt ihr auch Steuern blechen, daß euch die Rippen trachen!“ Meine Wut war groß. Das können Sie sich denken. Noch nie kam es mir so zum Bewußtsein wie in diesem Augenblick: „Wenn erst jeder einmal erkannt hat, wohin er gehört, werden wir mit diesen Brüdern bald fertig werden. 15 Millionen SPD-Stimmen, bei der nächsten Wahl unsere Mitgliederzahl verdreifacht, und euch hätte bald der Teufel geholt.“

Ich mußte ihm durchaus zustimmen. Der dritte, dem meine Brille in die Gedankenfabrik funkte, war mein Nachbar aus dem Nebenhaus, dem ich seit er bei den Nazis ist, wegen seiner blöden Meinungen gern aus dem Wege gegangen bin. Heute ließ

ich mich auf ein Gespräch mit ihm ein, ich wollte ihn so „interviewen“.

„Na, Herr Grafmann, was macht die Kunst“, eröffnete er die Unterhaltung. Sofort arbeitete meine Brille. Ich las die Fortsetzung hinter seiner Stirn: „Muß mir auch dieser eklige Sozi über den Weg laufen.“ Ich verhielt mich ganz ruhig, gab nur zur Antwort: „Mit der Kunst ist es Effig.“ Laut sagte er ganz naiv: „Ja, ja, die hohen Löhne, die hohen Steuern, der Young-Plan und das alles ist schuld. Kann da Ihre Partei nichts machen? Sie haben doch die Mehrheit“.



heuchelte er. Seine wahren Gedanken aber? Ich konnte folgende Meinung aus seiner Gehirnmaschine feststellen:

„Hoffentlich geht du mislami deiner Republik bald zum Teufel, dann, ihr Brüder, werden wir mal zeigen, was eine nationalsozialistische Partei ist.“





# Für unsere Jugend

## Persönlichkeit und Autorität in der Jugendarbeit

### Nachwirkungen verkehrter Erziehung

Lange Zeit war mit dem Begriff Jugendbewegung die Einstellung verbunden, daß aus solchem Kreise die Probleme Persönlichkeit und Autorität völlig verbannt werden müßten. In romantischen Schwüngen verbreitete sich eine vage Auffassung von Gemeinschaft und Gemeinschaftsarbeit ohne feste Formulierung. Wir freuen uns, daß auch heute noch in der Jugend das Thema Gemeinschaft und die Praxis in diesem Sinne in erster Linie beachtet werden. Das ist eine durchaus folgerichtige Entwicklung der Dinge aus der Situation des gesellschaftlichen Fortschritts heraus. Die Jugend als Trägerin der kommenden Lebensgestaltung muß schon in gewissen Vorzeichen das Gesicht der zukünftigen Lebensbedingungen in sich tragen. Sie ist auch traditionell nicht so sehr an den Individualismus gebunden, um vollkommen im Eigenbrötlertum oder in der Betätigung für sich selbst und für jeden einzelnen besonders unterzugehen. Das wäre eine rückwärtliche Tendenz. Der Kampf der Jugend um Geltung, Mitwirkung und Mitverantwortung im gesellschaftlichen Existenzaufbau ist nur möglich auf der Basis der Gemeinschaft. Und auch die ethische, die sittliche, die moralische Entwicklung des Menschengeschlechts ist darin vermurzt.

Dennoch wäre es verfehlt, damit alle Persönlichkeitsmerkmale abzulehnen. Zur Aufgabe einer neuen Jugend wird es, impulsiv, lebendig, aktiv und sachlich zugleich zu sein. Das ist schwer, um so besser die Aufgabe. Und zur Sachlichkeit gehört vor allem die anzuerkennende Tatsache, daß jede Generation — auch die ältere — und jedes Geschlecht starke Persönlichkeitsmerkmale in sich trägt. Sozialistische Forderung an die Erziehung war es immer, die Anlagen und Fähigkeiten des einzelnen zu fördern, damit sie sich in der Auswertung für die gemeinschaftliche Arbeit bemerkbar machen. Dort allerdings ist auch der Scheidepunkt aufzurichten zwischen guten und schlechten Persönlichkeiten. Immer da, wo sich einzelne auf Kosten der Gemeinschaft und zumungunsten der Gemeinschaftsarbeit durchzusetzen suchen, beginnt das Ueberhebliche in der Persönlichkeitsbildung die Oberhand zu gewinnen, und dieses muß für eine gesunde Entwicklung der menschlichen Gesellschaft als unzutraglich abgelehnt werden.

Von ins Ueberhebliche gesteigerten Persönlichkeitswerten kann auch die Jugend aus der eigenen Praxis leider recht oft berichten. Wir haben da aus dem Bezirk der traditionsgebundenen Erziehung an der Jugend manche Sünden wieder gutzumachen. Deshalb wird auch die praktische Arbeit so schwer. Es ist noch nicht jeder, der etwas kann, ein Held und Führer. Die Zeit läßt es nur oft so scheinen. Jahrhundertlang wurde jedes selbständige Streben der Jugend autokratisch unterdrückt. Kein Wunder, daß ein starkes Minderwertigkeitsgefühl in der Jugend, die „nichts versteht“, die „noch nach hinter den Ohren“ ist, die „noch nicht die nötige Lebenserfahrung“ besitzt, lebendig wurde. In den Jahren der inneren und äußeren Befreiung von diesem Druck nach 1918 mußte sich die ungesunde Umkehr bemerkbar machen. Das übertriebene Geltungsstreben des einzelnen wie auch ganzer Gruppen ist Ausdruck dafür. Und damit muß die Jugend selbst aufräumen. Wie gesagt, eine große Zahl von Fähigkeiten entscheiden noch nicht den ganzen Mann und vor allem — den Führer. Erst die Summe dieser Fähigkeiten, gemessen am Wesen und am Charakter des einzelnen, formen die wirklich wertvolle Persönlichkeit. Nicht der, der sich unter allen Umständen durchsetzen will, sondern jener, der sich von selbst — herausgewachsen aus der ganzen Wirkung seiner Arbeit und seiner persönlichen Eigenschaften — durchgesetzt hat, ist der wirklich wertvolle Mensch. Solche wertvollen Menschen aber sind sowohl unter Jungen, wie unter Alten, unter Mädchen, wie unter Burtschen zu finden.

So brauchen wir also durchaus die guten Persönlichkeitsmerkmale, weil sie oft auch einer ganzen Bewegung das Gepräge geben können. Voraussetzung ist dabei nur, daß die Grundsätze der gemeinschaftlichen Verbundenheit und der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit nicht verletzt werden, und daß nicht etwa für viele wieder unter dem Einfluß einer „übertrendenden“ Persönlichkeit das Gefühl von der verbannten Minderwertigkeit, vom hysterischen „Untermenschentum“ lebendig wird.

Genau so wichtig als die Frage der Persönlichkeitsmerkmale ist das Problem „Autorität“. Auch da entscheidet nicht die Stellung — so war es früher —, sondern die Leistung und die menschliche Qualität des einzelnen. Autorität an sich kann man nicht ablehnen. Die Autorität der Wissenschaft in doppelter Bedeutung, die Autorität der Lebenserfahrung (die bei manchem Jüngeren größer sein kann als bei manchem Alten), die Autorität der reinen Gesinnung und schließlich auch die Autorität der wirklichen Führerpersönlichkeit sind immer schon wichtige Faktoren menschlicher Lebensgestaltung gewesen. Und Autorität in diesem Sinne wird auch der stärkste Gemeinschaftsmensch nicht ablehnen können. Seine menschliche Stärke würde sogar darin liegen, sie anzuerkennen und ihr Dasein und ihr Wirken dem großen Gemeinschaftsbewußtsein einzugliedern.

Was uns heute bei allen diesen Fragen lebendig so außerordentlich bedrückt, ist, daß es wirklich so wenig gute und auch wirksam in Erscheinung tretende Führerqualitäten im menschlichen Lebenskampf unserer Zeit gibt. Vieles wird unterdrückt, vieles geht am Widerspruch der Gegenwart zugrunde, vieles ringt sich nicht durch (man möchte da manchmal — tatsächlich wenigstens vorübergehend — ungesundes Geltungsstreben herbeiwünschen) und viele andere werden in den Vordergrund geschoben, die ihren ganzen Anlagen und Fähigkeiten nach nicht dorthin gehören. Das ist eine typische Erscheinung einer gesellschaftlichen Uebergangsentwicklung, in der Phrasologie und Oberflächenmenschentum herrschen und oft qualitativ Wertvolles in den Hintergrund tritt. Durch unsere praktische und intensive Erziehungsarbeit muß solche Unkultur übermunden werden, damit die wirklichen Kräfte eines sozialistischen Kulturaufbaues wieder das Bild beherrschen.

Adolf Lau, Berlin.

### Der Jugendliche im Betrieb

Kein Bauer spannt ein Fohlen vor den Pflug. Er weiß, daß das Tier noch nicht voll leistungsfähig ist, und daß daher körperliche Beanspruchung im jugendlichen Alter die Leistungskraft für die Zukunft schädigen kann. Beim jungen Menschen sollte der gleiche Grundsatz selbstverständlich sein. Leider ist dies jedoch in der Praxis oft anders.

#### Kinderarbeit

Kinderarbeit ist zwar in den weitaus meisten Fällen verboten. Trotzdem wurden im Freistaat Sachsen beispielsweise 1929 noch 40 500 erwerbstätige Kinder (bis 13 Jahre) nachgewiesen! Wenn darunter auch manche zulässige und sicher auch ungefährliche Arbeit, wie Botengänge und ähnliches enthalten ist, so sollten so hohe Ziffern der Kinderbeschäftigung doch nicht mehr vorkommen. Leider sündigen auch hier Arbeitereltern vielfach selber. Kinder werden zum Zeitungstragen (vorm Schulunterricht verboten! Auch für eigene Kinder!) und vor allem in der Hausarbeit, aber auch für Zusarbeiten im Betriebe herangezogen. Für das Kind ist aber die Arbeit in und für die Schule körperlich und geistig gerade genug, im übrigen besteht die Leistung des Kindes im Wachstum, das nicht durch Ueberbeschäfti-

gung gehemmt werden darf. Die Schulärzte müssen daher — neben anderen Ursachen, wie Kriegsfolge, Unterernährung usw. — vor allem auch bei Kindern, die noch einer Nebenbeschäftigung nachgehen, Zurückbleiben im Wachstum, Knochenverbiegungen und anderes feststellen.

#### Der jugendliche Körper.

Vom 14. Lebensjahre an beginnt allgemein das Hineinwachsen in Arbeit und Beruf. Aber auch jetzt ist Körper und Geist noch nicht voll entwickelt (erst etwa vom 20. Lebensjahre an). Darauf muß bei der Arbeit Rück-



sicht genommen werden. Arbeiten, die Berufschäden mit sich bringen, sind dem jugendlichen Organismus natürlich besonders gefährlich, weil er noch nicht so widerstandsfähig ist. Solche Arbeiten sind daher für Jugendliche vielfach verboten. Soweit sie erlaubt sind, ist besondere Vorsicht am Platz: Wechsel der Arbeit, besondere Obacht auf Schutzvorrichtungen (Staubabsaugung) und ähnliches mehr. Vor allem allmähliches Gewöhnen an schwere Arbeit: der Schmiedelehrling ist schlechterdings nicht zu solchen Leistungen fähig, wie ein 25jähriger Schmiedegeselle. Manche Berufsschädigung stammt von Ueberanspruchung im jugendlichen Alter, wie die Rückgratverkrümmungen des Tischlers oder früher die „Bäder“- (X)Beine. Auf ausreichende Erholung ist natürlich durch Pausen, besondere Aufenthaltsräume, wie sie § 136 B.D. fordert, frühen Sonnabendabschluß, auf längere Ferien hinzuwirken.

#### Pubertät.

Das Eintrittsalter in die Arbeit mit heute noch 14 Jahren ist recht ungunstig, weil es gerade in die Pubertätszeit fällt. In dieser hat der Körper soviel Umbauarbeit zu leisten, daß äußerste Schonung im Betriebe am Platze ist. Man sagt übrigens, daß der Knabe unter den Pubertätserscheinungen körperlich und seelisch fast noch mehr zu leiden habe als das Mädchen.

#### Rücksicht auf das Seelenleben.

Vor allem ist der Jugendliche in dieser Zeit seelisch besonders empfindlich. Scheue Zurückhaltung, „Hineinfressen“ von Kummer, aber auch „rüdes“ Benehmen, das heißt eine große seelische Unausgeglichenheit, sind Kennzeichen dieses Uebergangsalters. Ein böses Wort am falschen Platze, schlimme Redensarten und ähnliches können einen seelischen „Knack“ fürs ganze Leben mit sich bringen. Den Meistern, Gefellen und Arbeitskollegen erwächst daher in der Behandlung der männlichen wie weiblichen Jugendlichen eine Aufgabe von größter pädagogischer und volksgesundheitlicher Verantwortung.

#### Körperliche Berufsauswahl.

Die Berufswahl ist daher nicht nur eine wirtschaftliche und psychologische Angelegenheit, sondern vor allem auch eine ärztliche. Der Arzt hat den allgemeinen körperlichen Zustand des jungen Menschen festzustellen und danach zu beurteilen, ob der Jugendliche überhaupt schon arbeitsfähig ist oder etwa unterentwickelt ist und zunächst eine Erholungsfürsorge braucht (in Berlin etwa 10 Proz. der schulentlassenen Jugendlichen), weiter aber, ob der Jugendliche für den gewählten Beruf tauglich ist. Kann doch ein noch so glühend ererbter Beruf zu schweren Fehlschlägen führen, wenn der Mensch für ihn körperlich ungeeignet ist. Körperliche Unfähigkeit führt oft seelisch zu schlechten Leistungen, vorzeitigem Kräfteverfall und damit verbundenem schlechtem Verdienst; seelische Ungeeignetheit (z. B. Zwang durch

die Eltern zu einem Beruf!) führt zum Zerfall mit sich und dem Leben. In beiden Fällen sind unglückliche, mißtrauische, mutlose Menschen die Folge.

Entnommen mit freundlicher Genehmigung des Verlages dem inhaltreichen Buche „Praxis des Arbeiterschutzes und der Gewerbehygiene“ von Hermann Eitel-Mannheim, F. Karl Meyer-Brodnitz-Berlin und Ludwig Preller-Dresden. Verlag ADGB, Berlin S 14.

### Nazis „Schulaufbau“

In Didenburg ist ein besonderer Sparerlaß für die Schulen herausgekommen, dessen geistiger Vater der Nazi-Ingenieur Freiwald ist. Darin heißt es: „Das Lüften der Schulräume durch Öffnen der Fenster darf nur je einmal am Vormittag und Nachmittags während einer Pause erfolgen. Den Lehrern und Schülern ist das eigenmächtige Öffnen der Fenster zu anderen Zeiten untersagt.“

Herr Freiwald sagte: „Die Lehrer müssen erst einmal merken, woher der Wind weht.“ (Wie sollen sie das denn, wenn die Dunststoffe immer geschlossen bleiben?)

Arme Volksschulkinder! Zu Hause nicht satt zu essen und in der Schule nicht einmal frische Luft. Was gilt den Nazis das Arbeiterkind. Es kann umkommen, wenn nur die Profitrate ihrer kapitalistischen Hintermänner steigt.

### BUCHER FÜR UNS!

Haase, „Die Seelenverfassung der Jugendlichen“. Zweite, durchgearbeitete und erweiterte Auflage. 59 Seiten. Berlin 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstr. 6a. Ladenpreis 1 Mk., Organisationspreis 75 Pfennig.

Als Material für Jugendleiter der Gewerkschaften ist jedoch in zweiter, neubearbeiteter Auflage eine Schrift des Berliner Nervenarztes Dr. Ernst Haase über „Die Seelenverfassung der Jugendlichen“ erschienen, die Anspruch darauf erheben darf, weit über die Kreise des gewerkschaftlichen Jugendleiters hinaus ernste Beachtung zu finden. Man möchte wünschen, daß überhaupt jeder, der mit Jugendlichen zu tun hat, die von großer Sachkenntnis und tiefem Ernst getragenen Ausführungen des Arztes, Psychologen und Sozialisten Haase liest. Der Verfasser beschränkt sich nicht darauf, nur die Zusammenhänge zwischen der körperlichen und seelischen Reifung des Heranwachsenden aufzuzeigen, er weist auch Wege, wie Eltern, Erzieher und die Führer von Jugendgruppen die Entwicklung fördern können. Sympathisch berühren die offenen Worte Haases in dem Kapitel „Jugendliche Sexualität und Erotik“, die mit jeder Betätigung des Geschlechtstriebes verknüpfte Verantwortlichkeit wird betont und dem auch unter jungen Menschen verbreiteten Uberglauben entgegengetreten, daß sexuelle Zurückhaltung gesundheitsgefährlich sei.

Wenn auch die Schrift nicht für die Jugend selbst geschrieben ist, so wird es doch nur begrüßt werden können, wenn sie reiferen Jugendlichen in die Hand gegeben wird.

### Kampf und Sieg

Von Richard Seidel

Wir lassen von niemand uns rauben  
Am Reichtum der Welt unser Recht:  
An unsere Sendung wir glauben,  
Sind wir doch der Zukunft Geschlecht.

Und leisten die alten Gewalten  
Auch freiwillig keinen Verzicht.  
I, uns wird niemals erkalten  
Die Sehnsucht nach Freiheit und Licht.

Wir kommen aus äußerstem Dunkel  
Und streben im Staate zur Macht.  
Uns lockte der Sonne Gefunkel  
Heraus aus der grauisigen Nacht.

Daß wir uns in ihren Strahlen  
Des Lebens auf Erden erfreuen,  
Woll'n wir von Sorgen und Qualen  
Befreit und erlöset sein.

An unsere Sendung wir glauben,  
Sind wir doch der Zukunft Geschlecht.  
Wir lassen von niemand uns rauben,  
Am Reichtum der Welt unser Recht.

# UNTERHALTUNG UND WISSEN

## LEIDENSWEG EINER MUTTER

Von Alfred Käseberg.

Den Durch die Kriegstürme Gemordeten, deren Knochen in fremder Erde modern, hat man Steinhäufen errichtet, die — mit viel Pomp und blutdürstigen Reden verhüllt — Ehrenmale genannt werden. Den Feldherren, denen der Krieg bekommen ist wie eine Baderkur, werden Pensionen gezahlt, die im Monat höher sind als der Jahresverdienst eines Arbeiters. Jene aber, deren Väter und Erzhäter, deren Söhne und Brüder in den Schlachten getötet wurden, oder die mit zerbrochenen und kranken Weibern wieder zurückkamen, warten noch heute auf des Vaterlandes Dank, der ihnen doch und heilig versprochen wurde. Überall begegnen sie uns, die lebendigen Denkmäler jenes unerbittlichen Menschenmordens, das 1918 das viel erlebte Ende fand. Auf den Straßenzügen stehen sie, bei Volksfesten sitzen sie am Wegesrand. Was den Kriegswidwiden von 1870 der Beierkaiser war, das ist denen von 1914 bis 1918 die Ziehharmonika, die Gitarre und die Mundharmonika. Das Versorgungsgericht hat sie ja abgefunden, wie es der Ausbeutung der heutigen Gesellschaft entspricht.

In einer kleinen Provinzstadt wohnte ein altes Mutterchen, dem auch der Krieg unerhörtes Leid zugefügt hatte. Drei Söhne voller Kraft und Gesundheit wurden zum Kriegsdienst eingezogen. Zwei von ihnen liegen irgendwo in Aundern und in Rußland auf blutgeränkten Leichenfeldern. Ein Granattrichter im Westen, die weite, unheimlich stille Steppe Rußlands wurden ihnen zum Grab. „Fürs Vaterland gefallen.“

So hart, wie das Schicksal mit der Lebensgemeinschaft dieser Familie spielte, so hart und unermesslich spielte man nun auch mit den Versorgungsansprüchen, die diese Mutter nunmehr zu stellen hatte. Nach langwierigen Verhandlungen bewilligte man ihr endlich vier Mark und einundsechzig Pfennig monatlich. Doch damit war der Leidensweg dieser schwer geprüften Frau noch nicht zu Ende. Mit den fargen Rentenbezügen

konnte sie natürlich unmöglich ihr Dasein bestreiten. Daher richtete sie sich in ihrer Behausung notdürftig eine Plätterei ein, die recht und schlecht ging. Eines Tages erhielt sie hohen Besuch, und wertwürdig: der Mensch, der da gekommen war, war die Freundlichkeit selber. Er interessierte sich für alles. Wie sie mit dieser Arbeit auskam, wie hoch das Einkommen sei. Ob ihr die Tätigkeit nicht zu beschwerlich sei usw. Eine Anteilnahme entwickelte dieser Mann an dem Geschick dieser armen Mutter, wie sie ein ehrlicher Menschenfreund nicht besser zum Ausdruck bringen kann.

Sechens eines Tages erhielt die Alte ein versiegeltes Schriftstück. Darin stand geschrieben, daß die Prüfung ihrer Verhältnisse ergeben habe, daß sie noch rüftig sei und mit ihrer Arbeit genug verdienen. Sie solle nur so weiter arbeiten und es läge nunmehr kein Grund mehr vor, ihr weiterhin eine besondere Hinterbliebenenrente zu zahlen. Diese läme also nun in Begleit.

Die Frau war des Streitens müde geworden. Sie ergab sich in ihr Schicksal. Aber in ihrem Herzen lobte ein nicht zu löschender Brand auf. Sie haßte von nun an die Menschen, die ihr das Leben verbittert, die ihr Glück und Freude geraubt, die sie betrogen und belogen hatten: sie haßte dieses Vaterland, in dem einer keinen Schicksal Menschen der Krieg zu einer Quelle unerhörten Reichtums wurde, während die große Mehrheit des Volkes an den Rand des Hungertodes gebracht wurde; sie haßte alle die, die neuen Krieg und neues Leid über die Menschheit bringen wollten.

Nun hat diese vielgeprüfte Mutter ausgelitten. Sie ist den Weg gegangen, den wir Menschen alle einmal gehen müssen, ins Nichts, aus dem es keine Wiederkehr gibt. Doch sie hat die Augen geschlossen mit dem Wunsch auf den Lippen, daß der leidenden Menschheit doch einmal die goldene Sonne des Völkerr Friedens, der Völkerrbefreiung leuchten möge.

## Mülseuer Weberkämpfe früherer Zeit

Von Dr. Max Scholz, Mülseu (Schluß)

Im 19. Juli 1869 hielt die „Berks-Genossenschaft“ im „Reißerhaus“ von Mülseu-St. Nicolas eine öffentliche Versammlung ab, die sehr zahlreich besucht war zum Ärger der einflußreichen Faktoren. Als Redner hielt der Kaufmann Julius Kotteler aus Crimmitschau seinen Vortrag, der mit einem Bericht über einen vorher gehaltenen „Webertag“ verbunden war. Obwohl nur Weberfragen in der Versammlung zur Sprache kamen, wurde die Versammlung als „politisch“ dem Anusgericht Hartenstein denunziert. Der Redner war der bekannte spätere „rote Postmeister“ der Sozialdemokratie während der Zeit der Ausnahmegeetze und es ist schon möglich, daß er so zwischendurch in seinem Referat politische Einschüchtigungen machte. Jedenfalls legte das Amtsgericht Hartenstein dem Versammlungsleiter Genehmigungskosten von 27 Kreuzgrößen 3 Pfennigen auf, damit dem Gesetz kein Recht wurde. Der Kampf um die Löhne im allgemeinen war trotz besserer Konjunktur nur wenig erfolgreich, und nach dem Jahresbericht des Mülseuer Polizeidienstes Wagner vom Jahre 1869 „sind die Löhne trotz öffentlicher Klagen herabgedrückt geblieben.“

Der 1870-1871er Krieg hörte die Tätigkeit der „Berks-Genossenschaft“ zwar, doch vertrat sie nachher ihre Sache weiter. Der Sekretär in Glaucha von H. bis St. März 1871 unter dem Vorsitz G. Funder-Reerane forderte in Vertretung von 71 Webern durch 151 Delegation die Abschaffung der Arbeitsvermittlung durch die Faktoren und Abhilfe der Mißstände im Lohnwesen durch vernünftige Weberbestimmungen, eine Forderung, die nach ihm erhoben wurde, bis die Rechtsprechung der Webers und das Fabrikwesen die Handwerker zum Ummengange verurteilte. Darnach brach der Kampf der „Berks-Genossenschaft“ und der anderen „Webervereine“ auf die damaligen Faktoren, daß aus Zifferung im Lohnwesen heraus und die Rechte der vernünftigeren Web erheben, wenn nur die Klagen nicht noch aufhören.

Dem Manufakturarbeiter-Verband (Bergringer des 1888) schlossen sich

auch die Mülseuer Weber zum guten Teil durch ihren Weberverein an. Das Ausnahmegeretz machte unter diese Entwicklung einen bösen Strich, als auch der Manufakturarbeiter-Verband ihm zum Opfer fiel.

Nach einige Streiflichter über das Weberleben Ende der 1870er Jahre. Von 463 selbständigen Webern hatten 1879 zur Steuererschließung in Mülseu-St. Nicolas nur 239 ein Jahreseinkommen von 400 bis 500 Mark. Von 110 nichtselbständigen Webern erreichten nur 99 den Satz von 300 bis 400 Mark Einkommen. Der Rest blieb noch darunter. In einer Petition 1880 wurden — allerdings, ohne eine Angabe über wirklich geleistete Arbeitszeit — folgende geringe Tagesverdienste festgestellt.

Mülseu - St. Michael: 69 bis 55 Pf. — Mülseu - St. Jakob: 28 bis

## Was bedeutet in der Notzeit Bildung?

Je mehr des wirtschaftliche Leben die Existenzvoraussetzungen jedes einzelnen erschwert, um so notwendiger ist es, daß die gewerkschaftliche Bildungsarbeit diese innerlich gepaßten und erregten Menschen in ihrer Tiefe erfaßt. Wie nie geht es heute um das Letzte, Einzigende: um den Glauben, um die Idee, um das Erleben der menschlichen Würde und Größe. Um dieses Gemeinsame, das da heute zernagt wird, Tag um Tag, von wirtschaftlichen Sorgen und Nöten.

Wir mögen beweisen und mit Zahlen belegen und mit Tatsachen: gerade in solchen Zeiten wie diesen, gemühen Zahlen und Tatsachen allein nicht. Gerade in solchen Zeiten müssen wir mit der gewerkschaftlichen Bildung auch das Tiefste im Menschen erfassen, das Menschliche, dieses große Gemeinsame der Seele des Volkes. Es ist in uns allen eine Seele und ein Glaube! Den wollen wir fühlen lassen und fühlen! Und wir erleben dann alle den letzten Quell der Größe solidarischer Kraft.

Als Goethe einmal von einem Gaste seines Hauses gebeten wurde, eine Erklärung des Begriffes Schönheit zu geben, da sagte Goethe, das könnte er nicht. Worte würden eben nicht das Letzte und Einzigende geben, als das wir Schönheit alle in gleicher Weise erleben. Aber der Dichter wollte dem Gaste in anderer Weise zeigen, was Schönheit ist.

127 Pf. (welche Spanne?) — Mülseu - St. Nicolas 69 bis 78 Pf. Wie im Mülseu-Grund, war es auch anderswo, und es ist nur erwähnt, daß die Meeraner Weber in der angeschlossenen Eingabe 1880 bei 14 stündiger täglicher Arbeitszeit mit Frauen- und Kinderhilfe (durch Spulerei und Nebenarbeiten) auf kaum 5 Mk. wöchentlich kamen. Das war das historische Weberleben in seiner nackten, brutalen Wirklichkeit, die unsere ältesten Weber noch miterlebt haben. Wir sehen aber aus obigen Darlegungen, daß auch den alten Handwebern schon zweierlei klar wurde. Erstens, daß nur Kampf und Auslieferung gegen die Ausbeutung ihnen helfen konnte, und zweitens, daß dieser Kampf nur in geschlossener Vereinigung, also organisiert, erfolgreich sein kann. Das sei die Lehre aus dieser geschichtlichen Skizze.

## Vision

Schon höre ich ihn durch den Dunst und das Dämmern, schon hör ich sein Schreien im Dröhnen der Hämmer: noch wirklichkeitsfremd wie ein Wunder, ein dumpfer Rhythmus aus erdfernem Raum, und doch zwingt sein Echo schon Straßen und Gassen: der Marschtritt der Massen, der Marschtritt der Massen!

Der niemals verstandene, niemals erkannte, der immer belächelte, immer verbannte... und doch dringt er vorwärts und ist nicht zu dämmern: ein wogendes Meer mit fliegenden Kaminen, die neue Sintflut, das Meer der Proleten — Da jammern die Bürger: „Nun lasset uns beten!“

Der neuen Geschlechter unheimlicher Schatten: schon fällt er auf euch, ihr Feisten und Satten! Ihr habt sie verhöhnt, verlacht und vergessen, die Männer der Feuer, der Gruben und Essen... Sie kommen! Sie schreiten im Weltall-umfassen im Marschtritt der Massen, im Marschtritt der Massen!

Und immer im gleichen, im ruhigen Takt, der alle ergreift und alle packt, der faules zermalm und Neues erhebt, der lange schlief und doch noch lebt: der Herzschlag der Menschheit im Blut aller Rassen... der Marschtritt der Massen, der Marschtritt der Massen!

Peter Riß,  
Verfasser des Romans „Stahlbad Anno 17“  
erschienen im Fackelreiter-Verlag, Berlin W 15

## Traven - ein Begriff

Nichts ist spannender als das Leben — und weil er das weiß, deshalb schildert es der unseren Lesern bereits bekannte Autor so realistisch wie möglich.

Wir beginnen nächsten mit dem Abdruck eines neuen Romans von Traven.

## Interessantes auf dem Gebiete der Literatur

Der „Inselverlag“ druckt Rudolf G. Bindings Novelle „Opfergang“ in einer neuen Auflage. Damit hat diese herrliche Novelle das 300. Tausend überschritten. (Neuaufgabe: 301. bis 320. Tausend!) Wahrlich, ein erfreuliches Zeichen, daß ein so hauchzartes, lyrisches Werk in der gehetzten Zeit noch solche Beachtung findet!

Im Verlag Walter de Gruyter u. Co. erscheint der 100. Göttinger Band. Der Verlag weist auf die Tatsache hin, daß die Reihe der Göttinger Bände, die heute das Gebiet der Geistes- und Naturwissenschaften umfassen, ursprünglich von der Schuttgarter Verlagsbuchhandlung Göttingen, in der Abt. deutsche Literaturdenkmäler zu erhalten, 1889 mit Klopstocks „Oden“ eingeleitet wurde.

Der bekannte Herausgeber der nachgelassenen Briefe und Schriften Ferdinand Lassalles, Professor Gustav Mayer, wurde in den Ostertagen 66 Jahre alt. Er hat wertvolle Bücher zur Geschichte der Sozialdemokratie veröffentlicht: „Johann Baptist von Schweizer und die Sozialdemokratie“, eine Biographie von Friedrich Engels nebst einem Bande seiner Schriften der Frühzeit. Schon in diesen Werken hat er interessantes neues Material vorgelegt und verarbeitet. Ein besonderer Fund sind aber die Briefe und Schriften Lassalles, die er in fünf Bänden mit begleitendem Text herausgegeben hat. Er ist heute wohl der beste Kenner der politischen sozialen Entwicklung, die sich an die Namen der Initiatoren der sozialistischen Bewegung knüpft.

S. F.

## HUMOR

Der Schotte.  
Bei einer Gesellschaft näherte sich einer der Gäste der Hausfrau und sagte: „Verzeihung, gnädige Frau, ich möchte nur fragen, was in der Flasche dort oben in der Ecke ist. Ist das vielleicht Limonade?“  
„Limonade?“ ... Nein, Kognak, aber warum fragen Sie?“  
„Nun, einer von den schottischen Gästen hat nämlich seinen Füllfederhalter damit gefüllt, ehe er fortging.“  
Bergmügen?  
„Ich habe leider bisher nie das Bergmügen gehabt, Ihre Frau Gemahlin kennenzulernen.“  
„Wie kommen Sie darauf, zu meinen, es sei dies ein Bergmügen?“



Das Kleinauto.  
„Nun, mein Herr, wie gefällt Ihnen dieser Wagen?“  
„Ganz gut — nur unter den Schultern kneift er ein wenig!“  
„O bitte — das macht nichts, das sieht sich noch etwas aus!“

Dr. Gustav Hoffmann.